

**Internationale Konferenz "Geological resources and good governance in Central Africa",
Yaoundé, Kamerun, 24.-25. September 2009:**

BICC/FT hat an einer internationalen Konferenz zu Möglichkeiten der entwicklungsförderlichen Nutzung der geologischen Ressourcen in Zentralafrika in Yaoundé teilgenommen, die von der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), in Kooperation mit der zentralafrikanischen Regionalorganisation CEMAC (*Communauté économique et monétaire de l'Afrique Centrale*) organisiert wurde. Konferenzthemen waren Transparenz in der Verwaltung des extraktiven Sektors, das Verhältnis internationaler Bergbauunternehmen zur lokalen Bevölkerung und Herausforderungen im artisanalen, handwerklichen Bergbau in Afrika.

Was die Transparenz betrifft, betonten zivilgesellschaftliche Organisationen wie „Publish What You Pay“ erneut, dass die Transparenz über die Staatseinnahmen aus dem Bergbau gut ist, aber nicht gut genug. Zivilgesellschaft und Parlamente müssen auch überprüfen können, ob die Einnahmen für Entwicklungsprojekte verwendet werden und was in den Verträgen steht, die Regierung und internationale Bergbauunternehmen abgeschlossen haben. Eine Studie des Revenue Watch Institute über die Vertraulichkeitsklauseln in diesen Verträgen kommt zu dem Ergebnis, dass selbst internationale Unternehmen Interesse haben müssen, diese offenzulegen, um nachträgliche Nachverhandlung von Verträgen zu vermeiden.

Die Berater internationaler Unternehmen im extraktiven Bereich berichteten auf der Konferenz von den Grenzen des Social Investment – den Zahlungen von Unternehmen an Gemeinden im Bergbauggebiet. Problematisch sind die oft herablassende Haltung der Unternehmen, ihre einseitigen, nicht mit anderen Akteuren abgestimmten Initiativen und mögliche Konflikte, die sich wiederum aus derartigen Zahlungen ergeben können. Es ist auch nicht damit getan, die „lokale“ Bevölkerung zu entschädigen, die sich direkt im Minengebiet befindet – andere Bevölkerungsteile, die abseits wohnen und stärker benachteiligt sind, können sich nur noch weiter zurückgesetzt fühlen. Auch die Annahme, dass die Bevölkerung auf materielle Vorteile aus ist, muss hinterfragt werden – Teilhabe und Kommunikation sind mindestens ebenso wichtig.

Mehrmals wurden die Konflikte angesprochen, die entstehen, wenn formales Bergbaurecht und die gewohnheitsrechtlichen Ansprüchen der lokalen Bevölkerung und informeller Minenarbeiter aufeinander treffen. Das gewaltsame Vertreiben artisanaler Minenarbeiter aus Konzessionsgebieten internationaler Unternehmen verstößt nicht nur gegen die fundamentalen Überlebensrechte dieser Menschen, sondern schafft dauerhafte Konflikte mit diesen vertriebenen Arbeitern. Deswegen ist es dringend nötig, dass die Regierungen die Rechte der informellen Minenarbeiter anerkennen, um einvernehmliche Lösungen mit internationalen Bergbauunternehmen zu finden. Es gibt bereits einige Initiativen in afrikanischen Ländern, welche die Probleme des informellen Bergbausektors wie die mangelhafte Vermarktung, Gesundheits- und Sicherheitsvorkehrungen, Umweltzerstörungen, Wasserverschmutzung, Ausbildung der Arbeiter und rechtliche Absicherung angehen.

Auf die Forderung des Keynote-Speakers James Shikwati aus Kenia, dass Afrika eigene Lösungen für seine Probleme entwickeln muss, gab die Konferenz wenig Antwort, obwohl Regierungsvertreter, Unternehmen samt ihrer Berater und Zivilgesellschaft eingeladen waren. So monierten am abschließenden Panel afrikanische Nichtregierungsorganisationen, zu wenig Raum zur Darstellung ihrer Sicht der Dinge und eigener Lösungsansätze bekommen zu haben.

mueller@bicc.de